

Ganz so frei solls dann doch

Manche Privatschulen sind an einer subventionierten freien Schulwahl

baz 19.9.08

nicht sein

vahl nicht interessiert

Anderer Lehrplan. Die International Schools (Bild: Baselland) sind an der Debatte um die freie Schulwahl nicht interessiert. Foto Alexander I

RUEDI STUDER, Bern

Der Verband Schweizerischer Privatschulen sagt Ja zur freien Schulwahl. Doch nicht alle Privaten würden diese nutzen.

Wenn der Präsident des Verbands Schweizerischer Privatschulen (VSP), der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister, sich bisher für die freie Schulwahl aussprach, folgte ein Standardsatz auf dem Fuss: «Das ist meine persönliche Meinung.» Seit gestern Nachmittag ist das anders: Pfisters Meinung gilt nun offiziell, denn der VSP-Vorstand hat nun ein Positionspapier «für eine «echte» freie Schulwahl».

Darin fordert der Verband «faire Wettbewerbsbedingungen». Sprich: Eine finanzielle Unterstützung der Eltern durch den Staat – beispielsweise durch Bildungsgutscheine, die je nach Regelung pauschal oder auch einkommensabhängig verrechnet werden können.

ten. Im Gegenzug könnte der Staat Bildungsziele und Prüfungsanforderungen festlegen. Klar ist für den Verband, dass für die Privaten kein Zwang zur freien Schulwahl bestehen dürfte. Sein Papier hält nämlich fest, «dass zahlreiche Privatschulen auch bei einer Einführung eines echten Rechtes auf freie Schulwahl sich daran nicht beteiligen wollen».

«DANAERGESCHENK». Tatsächlich gibt es einige Privatschulen, die selber an einer freien Schulwahl gar nicht interessiert sind, wie eine Umfrage der Baz zeigt. «Wir wollen unsere Schüler und Unterrichtsdoktrin selber wählen», sagt Otto Gademann, Verwaltungsratspräsident des Instituts auf dem Rosenberg in St. Gallen. Bei einer freien Schulwahl würde der Staat «wieder seine Forderungen geltend machen und noch mehr dreinreden», befürchtet er und spricht von

einem «Danaergeschek». Für ihn ist klar, dass die Privatschulen mit den Volksschulen nicht «über den gleichen Leisten» geschlagen werden dürfen. «Unser Inhalt muss sich unterscheiden», sagt er. «Wenn man nach Einheitssuppe lebt, hat man die Zwei am Rücken.»

Bei seinem Internat seien die Unterschiede «die kleineren Klassen, der früh beginnende Fremdsprachenunterricht und die Kinderbetreuung von morgens früh bis abends spät», sagt Gademann. Trotz einer Jahresgebühr von 54 000 Franken kann sich die Schule über mangelnde Nachfrage nicht beklagen.

Auch die vielen International Schools, deren Klientel in erster Linie die Kinder sogenannter Expats (ausländische Mitarbeiter multinationaler Firmen) sind, können mit der freien Schulwahl nichts anfangen. «Wir richten uns nach einem internationalen Ausbildungspro-

gramm, welches nicht ins schweizerische Volksschulsystem passt», erklärt Jacqueline Krüger von der International School Basel. Insofern seien die International Schools auch nicht Teil der Diskussion um die freie Schulwahl.

UNABHÄNGIGKEIT. Die Katholischen Schulen Schweiz (KSS) wollen die vom Staat subventionierte freie Schulwahl ebenfalls nicht für sich beanspruchen. «In den meisten Fällen will der Geldgeber mitreden. Wir wollen aber unsere Unabhängigkeit bewahren», erklärt Vorstandsmitglied Daniëlle Schärer. Bei den (ökumenisch ausgerichteten) Katholischen Schulen haben «der erzieherische Bereich und christliche Werte» einen wichtigen Stellenwert. Besonderes Augenmerk wird auf «liturgische Zeiten» wie Fastenzeit oder Weihnachten gelegt. Auch Wallfahrten stehen auf dem Programm.

Die Lehrer zittern vor der Volksabstimmung

Münchenstein. Angst vor der freien Schulwahl ist gross

baz 19.9.08

ALAN CASSIDY

Die Baselbieter Lehrkräfte dürften auch nach dem Nein des Landrats zur «gefährlichen» Bildungsvielfalt-Initiative nicht nachlässig werden, warnte der Lehrerverein seine Mitglieder am Dienstag.

Eigentlich müssten die Mitglieder des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland (LVB) vergangenen Donnerstag erleichtert aufgetan haben. Im Landrat wurde die vom LVB bekämpfte Initiative für eine freie Schulwahl abgeschmettert. Ums Feiern zumute ist es den Lehrern jedoch nicht: Am 30. November kommt die Initiative vors Volk. Und LVB-Präsidentin Bea Fünfschilling befürchtet, dass die Gegner der freien Schulwahl jetzt nachlässig werden könnten.

«Die Gefahr, dass die Initiative in der Volksabstimmung angenommen wird, ist nach wie vor gross», sagte Fünfschilling am Dienstag vor den LVB-Delegierten in Münchenstein. Für Stimmbürger, die sich nicht mit der Initiative auseinandersetzen, tönnten die Versprechungen und Schlagworte schön und gut. «Die Initiative ist und bleibt aber eine gefährliche Mogelpackung.»

Die Lehrer müssten deshalb alles daransetzen, dass die Initiative auch an der Urne Schiffbruch erleide, sagte Fünfschilling. Damit diese Botschaft bei den Delegierten ankam, hatte der LVB den Liestaler Stadtrat Lukas Ott (Grüne) eingeladen. Ott sollte die Lehrer mit Gegenargumenten zur Initiative versorgen – und er enttäuschte den LVB-Vorstand nicht.

«Wer als Lehrperson Ja sagt zu dieser Initiative, der sagt am Ast, auf dem er selber sitzt», sagte er. Denn die Folgen einer Annahme wären «verheerend». Ginge es nach der Elternlobby Schweiz, welche die Initiative lanciert hat, dann solle das Baselbiet «für ein Experiment erhalten, das einer Hochrisiko-Operation an einem nicht-narkotisierten Patienten entspricht». Die Schulwahl-Initiative zerschlage die Strukturen der Volksschule, für deren Aufbau seit der Kantonsgründung gekämpft worden sei. «Es ist eine Tatsache, dass den kleinen Dorfschulen bei geringen Schülerzahlen die Schliessung drohen würde.»

HINKENDE VERGLEICHE. Ott warf der Elternlobby vor, mit falschen Aussagen zu argumentieren. Die Bildungsforschung habe nie nachgewiesen, wie sich die freie Schulwahl auf die Qualität der Bildung auswirke. Die ständigen Vergleiche mit den Bildungssystemen der nordischen Staaten seien zudem verfehlt. «Finland ist nicht wegen seines verschwindend kleinen Privatschulen-Anteils von zwei Prozent Pisa-Sieger, sondern wegen Faktoren wie der geringen Migrantenzahl und der sehr späten Selektion.»

In die kurze Diskussion am Schluss der Versammlung schaltete sich auch der langjährige ehemalige LVB-Präsident Max A. Müller ein. Er habe noch nie so Angst gehabt vor einer Abstimmung wie vor dieser, sagte er. «Wenn die Stimmbürger bloss auf ihr Bauchgefühl hören und versucht sind, der vermeintlichen Wahlfreiheit zu folgen, dann wird das unendlich gefährlich.»

Die freie Schulwahl hingegen begrüssen würde Men Reinalter, Schulleiter der evangelikal orientierten Freien Christlichen Schule in Liestal. Nur eines könnte seine Schule vom Mitmachen abhalten: «Wenn unsere persönliche Meinung beschnitten würde.» Sprich: Wenn seine Schule nicht mehr wie heute die Schöpfungsgeschichte lehren dürfte. «Ich habe aber keine Angst, dass uns der Kanton hier dreinreden würde.»

Im Grundsatz für die freie Schulwahl ist auch Rose-Anne Mettler-White von der Schule für individuelles Lernen (SiL) in Birnenstorf (AG). Mit dabei wäre ihre Schule aber nur, wenn zu staatlichen Schülerpauschalen zusätzlich Schulgebühren verlangt werden könnten: «Sonst geht die Rechnung für unsere Schule aus unternehmerischer Sicht nicht auf, denn kleine Klassen sind auch teurer.» > SEITE 32